

„Nicht abgelehnt, sondern nur verschoben“

HA: Do. 25.10. 2010

CDU nimmt Stellung zur Debatte um die Tümpelgartenschule

Hanau (pm/upn). „Wenn Oberbürgermeister Kaminsky mit Schuldezernent Piesold von undemokratischem Verhalten der CDU-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung spricht, scheint er die Gegebenheiten nicht wahrhaben zu wollen, die derzeit gegen eine Umwandlung der Tümpelgartenschule in eine Integrierte Gesamtschule (IGS) sprechen“, schreiben die Hanauer Christdemokraten in einer Pressemitteilung.

Die CDU-Fraktion hatte gegen die Aufnahme des Dringlichkeitsantrags der Linken auf die Tagesordnung gestimmt, das Thema IGS zum wiederholten Male auch aufgrund der eindeutigen Stellungnahme des Kultusministeriums zu diskutieren. „Als in der Stadtverordnetenversammlung Schuldezernent Piesold ankündigte, den nach Wiesbaden geschickten Brief und die Antwort von dort vorlesen zu wollen und danach eine wüste Verbalattacke ritt, wurde einfach die Hilflosigkeit sichtbar, wenn die Mauer dicker ist als der Kopf“, merken die CDU weiter an.

„Auch wir von der CDU-Fraktion nehmen den Wunsch der Eltern, die ihr Kind auf eine IGS schicken wollen, ernst und können dies auch nachvollziehen. Aber wir haben als Stadtverordnete die Aufgabe, ganz Hanau und die Region zu betrachten und

nicht nur eine einzelne Schule“, sagt Fraktionschef Dieter Hog in der Mitteilung. Wenn sich allerdings der OB von der Grünen- und jetzt auch von der Linken-Fraktion „vor sich hertreiben lässt“, dann sei das einfach nur bedauerlich für ihn, wettern die Christdemokraten.

Nachdem die Vorlage bereits zweimal im Stadtparlament gewesen sei und sich beim ersten Mal sogar zwei Fraktionsmitglieder aus der Viererkoalition gegen eine Umwandlung der Tümpelgartenschule ausgesprochen hätten, sei die CDU-Fraktion in der Antragssitzung überstimmt. Das sei demokratisch, die CDU habe das akzeptiert. „Wenn aber ein neu angepasster Schulentwicklungsplan zu spät, mit unzureichenden und nicht belastbaren Zahlen nach Wiesbaden geschickt wird und dort vom Kultusministerium auf das nächste Schuljahr verschoben wird, dreht man in Hanau einfach durch. Gerade dieses Verhalten ist aber undemokratisch“, meint die CDU weiter, und hält abschließend fest: „Der Schulentwicklungsplan wurde in Wiesbaden nicht abgelehnt, sondern um ein Jahr verschoben, um festzustellen, ob sich die prognostizierten Zahlen bestätigen – dazu hat der Schuldezernent nun ein halbes Jahr Zeit, um seine Hausaufgaben zu machen.“